

**ONLINE-PUBLIKATION**

Dieter Klein

# **Machteliten – Tendenzen der Herrschaft**

**Illusion oder  
«ein ganz mächtig Vorbewusstes»  
im Sinne Blochs**

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

DIETER KLEIN, Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Derzeit ist er Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin inne. Er gehörte zu den Begründern des Projekts «Moderne Sozialismustheorie», das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte.

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 12/2017

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

## GELEITWORT

Die «herrschende Klasse» – was wissen wir wirklich über sie, außer dass sie den «Block an der Macht» bildet? Wer zählt überhaupt dazu, wie setzt sie sich zusammen? Wie verändert sie sich mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse, welche Kräfte steigen auf, welche verlieren an Bedeutung? Wie national ist die herrschende Klasse unter den Bedingungen einer transnationalen Ökonomie zusammengesetzt, gesonnen und orientiert, wie transnational vernetzt agieren die herrschenden Klassen? Und vor allem: Mit welchem Verständnis blicken sie auf die gesellschaftlichen Probleme, die die nicht herrschenden sozialen Klassen bewegen?

Herrschende Klassen, das sind die «Machteliten», und wer sich als Sozial- und Politikwissenschaftler mit ihnen beschäftigt, stößt unweigerlich auf einen Satz von Carl Schmitt: «Elite sind diejenigen, deren Soziologie keiner zu schreiben wagt.» Noch immer ist die Welt der Eliten, zumal die der Machteliten, weit weniger ausgeleuchtet als die Lebensverhältnisse und Lebensweisen der unteren und mittleren sozialen Klassen. Das allgemein zugängliche Wissen über die sozialen Akteure von Macht und Herrschaft steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutung.

Das Wissen über die herrschenden Klassen wurde in den vergangenen Jahren beispielsweise durch die Forschungen des Darmstädter Soziologen Michael Hartmann erweitert. Im vergangenen Jahr erschien im Hamburger VSA-Verlag der Sammelband «Wie Eliten Macht organisieren», der sich in der Tradition des US-amerikanischen «Power Structure Research» vielfältig der Frage zuwandte, was die herrschenden Klassen zusammenhält. Zu den deutschen Vertretern dieser Forschungsrichtung zählt auch der verstorbene Hans Jürgen Krysmanski, der in seinem 2004 erschienenen Buch «Hirten & Wölfe» innerhalb der Machtelite die Funktionen der Geldelite, der Verwertungselite, der Verteilungselite und der Wissenseelite hinsichtlich ihrer Rolle im System der Produktionsverhältnisse unterschied.

Das Buch «Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?» (2016) von Dieter Klein knüpft an diese funktionale Unterscheidung an und fragt, wie lern- und innovationsfähig die Machteliten, letztlich immer mit Blick auf die längerfristige Sicherung von Macht und Herrschaft, im eigenen Interesse sind. Dass sie historisch dazu in der Lage waren, zeigt die Herausbildung der Politik des New Deal in den 1930er Jahren. Dieter Klein lenkt den Blick auf die Differenzierungen, Risse und Widersprüche im «herrschenden Block» und fragt nach den Aussichten, die sich daraus für linke Politik ergeben könnten. Auf dem Höhepunkt der Banken- und Finanzkrise löste der verstorbene Feuilleton-Chef der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Frank Schirrmacher mit seiner These, dass die Linken vielleicht doch recht gehabt haben könnten, eine Debatte über die Zukunft des Kapitalismus in der «Wissenseelite» aus. Dieter Kleins Untersuchung lässt sich auch als (Zwischen-)Fazit dieser Diskussion lesen, was davon zum Kreis der Geld-, Verwertungs- und Verteilungseliten handlungsorientierend durchgedrungen ist.

Der vorliegende Text ist die ausführliche schriftliche Fassung eines Vortrages, den Dieter Klein am 12. Mai 2017 im Gesprächskreis «Klassen und Sozialstruktur» zur Diskussion gestellt hat.

**Horst Kahrs**, Koordinator des Gesprächskreises «Klassen und Sozialstruktur»  
Berlin, im Juni 2017

## Literatur

**Klein, Dieter (2016):** *Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?*, Hamburg, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/7781/gespaltene-machteliten/](http://www.rosalux.de/publikation/id/7781/gespaltene-machteliten/).

**Klößner, Marcus B./Pommrenke, Sascha/Walter, Michael/Wendt, Björn (Hrsg.) (2016):** *Wie Eliten Macht organisieren. Bilderberg & Co.: Lobbying, Think Tanks und Mediennetzwerke*, Hamburg.

**Krysmanski, Hans Jürgen (2004):** *Hirten & Wölfe: Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Eine Einladung zum Power Structure Research*, Münster.

DIETER KLEIN

# **MACHTELTEN - TENDENZEN DER HERRSCHAFT ILLUSION ODER «EIN GANZ MÄCHTIG VORBEWUSSTES» IM SINNE BLOCHS**

Risse gehen durch die Machteliten. Ihre Politik ist zerfahren. Das US-Establishment schwankt weiter zwischen «Weiter so» à la Clinton und dem Versuch präsidialen Durchregierens im autoritären Stil anstelle von Hegemonie – unter Inkaufnahme von Unberechenbarkeit und konflikthafter Ausgrenzungen, von Wirtschaftskrisen und militärischen Zuspitzungen. Zerrissenheit auch in den Europapolitiken des herrschenden Blocks in der EU bis zum Brexit. Aber die Machteliten sind nicht ohne Strategien.

## **MÖGLICHE ZUKÜNFTEN**

Erstens: Dominant in der gesellschaftlichen Realität ist die Strategie des herrschenden Machtblocks, die verstärkt mit staatsinterventionistischen Mitteln auf die Fortsetzung eines neoliberalen, zunehmend finanzierten Kapitalismus zielt. Dabei deutet sich in Deutschland eine Kombination aus Finanzialisierung und Stärkung der Realwirtschaft durch deren Digitalisierung an. In diesem Rahmen wirken zwei Tendenzen, die sich zum Teil überschneiden und zu unterschiedlichen Ausprägungen des neoliberalen Kapitalismus führen. Die eine Tendenz ist ein zunehmend autoritär operierender Neoliberalismus mit starken rechtspopulistischen, rechtsextremen und nationalistischen Zügen, verbunden mit Ausbrüchen von Gewalt, Verrohung der Sitten und Entsolidarisierung. Sie kommt einer fortschreitenden Entzivilisierung des Kapitalismus gleich. Die andere Tendenz sind herrschaftssichernde soziale Zugeständnisse und vor allem eine grüne Modernisierung, die umweltfreundlichere Technologien und Produkte hervorbringt. Aber ohne Zurückdrängung der gegebenen Machtstrukturen und gefangen im Wachstumsparadigma wird dieser Weg weder den neoliberalen Rahmen sprengen noch die großen Probleme lösen.

Zweitens: Es existiert ein postneoliberales Entwicklungsszenario. Dieses ist kaum in den Strategien der Machteliten erkennbar, sondern überwiegend auf der Ebene konzeptionellen Denkens von Gegenmächten und ansatzweise in den Nischen der Gesellschaft. Seine Entfaltung würde zu einem demokratisch erneuerten, sozialeren, stärker ökologisch orientierten und weniger militärisch ausgerichteten Kapitalismustyp führen, zu einer progressiven postneoliberalen innersystemischen Transformation also. Diese Entwicklung wird in linken Diskursen auch als sozial orientierter Green New Deal bezeichnet. Auf die Haltung in den Machteliten zu einem solchen Entwicklungspfad konzentriert sich der hier vorliegende Beitrag.

Drittens: Die Perspektive einer sozialistischen Linken ist der Kampf um eine sozialökologische Gesellschaftstransformation, um die Öffnung einer künftig hoffentlich erreichbaren progressiven systeminternen kapitalistischen Transformation für den Einstieg in eine systemüberschreitende Große Transformation hin zu einem demokratischen grünen Sozialismus.

Die folgenden Überlegungen gelten dem Verhältnis der Machteliten zu dem zweiten Szenario.

Es gab Situationen in der Geschichte des Kapitalismus, in denen Teile der Machteliten sich im Interesse ihrer Herrschaftssicherung unter dem Druck eskalierender Probleme und der Kämpfe von Gegenmächten gedrängt sahen, zu einer qualitativ neuen progressiveren Variante des Kapitalismus überzugehen. Dafür stehen der New Deal in den USA, die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung skandinavischer Länder und schließlich der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus im OECD-Maßstab – bis zu seinem Rollback durch den neoliberalen Kapitalismus. *Das heißt, die Möglichkeit einer progressiven innersystemischen Transformation des Kapitalismus und der aktiven Teilhabe eines Teils der Machteliten daran ist historisch bewiesen* (Klein 2016; 2017). Doch die Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus mündet inzwischen in globale Großgefahren – spektakulär vor allem in der jüngsten Mehrfachkrise mit ihrem Höhepunkt 2008 und, noch bedrohlicher, permanent in Gestalt des Klimawandels, von Kriegen, sozialer Polarisierung, Armut und autoritären Herrschaftsformen. *Kaum etwas scheint gegenwärtig dafür zu sprechen, dass sich bestimmende Teile der Machteliten noch einmal zu einer progressiven Transformation des Kapitalismus aufrufen könnten.* Kritische wissenschaftliche Analysen des herrschenden Machtblocks sind mit guten Gründen nahezu ausschließlich auf den Nachweis der Übermachtfülle, des Reichtums und des bedrohlichen Charakters oligarchischer Herrschaft konzentriert – aber nicht auf Ansätze in den Machteliten selbst zu einer Abkehr davon.

In dem Buch «Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?» (2016) habe ich gleichwohl gefragt, ob eine Dimension linker Strategien sein sollte und könnte, Teile der Macht-

eliten – vergleichbar mit der Roosevelt'schen New-Deal-Politik – zu einer postneoliberalen progressiven Transformationspolitik, zumindest zu ihrer Hinnahme, zu drängen. Was spricht für eine solche Überlegung?

## **DREI GRÜNDE FÜR EINE MÖGLICHE POSTNEOLIBERALE ÖFFNUNG VON TEILEN DER MACHTELITEN**

Erstens: Auseinandersetzungen und Differenzen über künftige Wege brechen in den Machteliten dann auf, wenn Krisen die Kapitalverwertung ernstlich bedrohen, wenn Bankrotte auch das Großkapital betreffen und damit das System selbst an den Abgrund gerät. Genau das geschah 1929 in der Weltwirtschaftskrise und löste bei den US-Machteliten heftigste Auseinandersetzungen über Auswege aus der Krise aus. Dem Festhalten der Konservativen an einem weitgehend unregulierten privatmonopolistischen Kapitalismus setzten Franklin Delano Roosevelt, seine Berater, die Mehrheit der Demokratischen Partei und Teile des Big Business, der ökonomischen Elite, mit dem New Deal die Korrektur des vermachteten Marktmechanismus durch sozialstaatliche Reformen entgegen – wie unvollkommen auch immer. Damit wurde die innersystemische Transformation vom privatmonopolistischen Kapitalismus zu einem – in Grenzen – sozialstaatlich regulierten Kapitalismus eingeleitet, zu einer neuen Formation des Kapitalismus, die sich auch gegen die faschistische Bedrohung der menschlichen Zivilisation durchsetzte und die Daseinsweise des Kapitalismus OECD-weit etwa vier Jahrzehnte hindurch bestimmte.

Eine wichtige Lehre aus dieser historischen Erfahrung für die Linke und andere demokratische Kräfte mit dem Blick auf künftig zu erwartende Krisen ist allerdings, dass die US-Machteliten seinerzeit nicht unvermittelt und aus freien Stücken auf die ökonomische Krise reagierten, sondern zugleich auf den von unten anschwellenden Druck der von existenziellen Sorgen getriebenen Arbeiter, der Millionen Arbeitslosen, von Farmern und politisierten Intellektuellen. Der US-amerikanische Historiker Howard Zinn schrieb: «Aber die Konstituierung der Wirtschaft im New Deal zielte hauptsächlich auf die Stabilisierung der Ökonomie und in zweiter Linie darauf, den unteren Klassen genug Unterstützung zu geben, um sie von einem Umschlag der Rebellion in eine wirkliche Revolution abzuhalten» (Zinn 1990: 384).

Die gegenwärtige Lage unterscheidet sich mehrfach von der Situation in der Weltwirtschaftskrise 1929/32. Der Höhepunkt der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ist einstweilen überschritten. Trotz des durchaus verbreiteten Wissens über das Andauern von globalen Gefahren existiert in Deutschland und in den weitaus meisten anderen Ländern der EU keine Wechselstimmung der Bevölkerungsmehrheit. Die politische Linke, die Gewerkschaften und die Lohnabhängigen insgesamt befinden sich in der Defensive – im Unterschied zu den militanten Kämpfen in den 1930er Jahren in den USA. Im Gegensatz zu Roosevelt und anderen Reformern in seiner Umgebung ist heute in den europäischen Machteliten weit und breit keine charismatische Persönlichkeit mit einem progressiven Programm gesellschaftlichen Wandels zu entdecken. Der gegenwärtige US-amerikanische Präsident verkörpert Rechtspopulismus, Unberechenbarkeit und Ignoranz gegenüber Gefahren wie dem Klimawandel.

Gleichwohl – ohne einen Kurswechsel – steuert die kapitalistische Gesellschaft unvermeidbar in nächste große Krisen hinein. Das Kapital ist ein Ausbeutungsverhältnis. Die mit einem mächtigen Medienecho aufgenommenen und inzwischen schon wieder halb verdrängten Berechnungen des französischen Ökonomen Thomas Piketty haben für rund 30 Länder erneut eine fortschreitende Vertiefung der Kluft zwischen Reich und Arm als langfristigen Trend vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die absehbare Zukunft nachgewiesen. Die reichsten zehn Prozent der US-Amerikaner besitzen 75 Prozent, das reichste eine Prozent 35 Prozent aller Vermögen der USA. Der Anteil der 0,01 Prozent Superreichen (ca. 16.000 Haushalte mit je über 100 Millionen US-Dollar Vermögen) am US-Gesamtvermögen ist am schnellsten gestiegen, von 3,1 Prozent 1960 auf 11,2 Prozent im Jahr 2012. In Europa nennen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung 60 Prozent aller Vermögen ihr Eigen, das reichste eine Prozent besitzt 25 Prozent aller Vermögen. In Deutschland verfügen die oberen zehn Prozent über 59,2 Prozent des Vermögens aller Haushalte (Piketty 2014). Nach den aktuellsten Angaben von 2012 besitzen in der Bundesrepublik 892.000 Vermögensmillionäre zusammen ein Vermögen von 2,38 Billionen Euro; 1,7 Millionen Kinder sind in Deutschland arm oder armutsgefährdet.

Als Resultat des Übergangs zum neoliberalen Kapitalismus wachsen die Vermögen – seit den 1970er Jahren noch deutlicher als zuvor – schneller als die Nationaleinkommen. Das bedeutet permanente Umverteilung von unten nach oben. Vor allem die Masseneinkommen bleiben hinter den Einkommens- und Vermögenszuwächsen der Machteliten zurück.

*Eine schwerwiegende Folge ist absehbar: Die Überakkumulation von Kapital, das eine seinen Ansprüchen gemäße Anlagemöglichkeit nicht mehr findet, wird neue Dimensionen erreichen. Der Versuch, die Begrenztheit des Massenabsatzes von Produkten der Realwirtschaft durch finanzielle Transaktionen zu kompensieren, hat*

sich bereits als Sackgasse in die Finanzkrise erwiesen. Erneute große Finanz- und Wirtschaftskrisen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Dann werden im herrschenden Machtblock abermals Kämpfe um Auswege ausbrechen. Dann wird alles darauf ankommen, ob die plurale gesellschaftliche Linke ähnlich wie in den 1930er Jahren in den USA und anders als in der jüngsten Mehrfachkrise in der Lage sein wird, in der Krise erfolgreich für einen Richtungswechsel der Politik zu mobilisieren und auch Teile der Machteliten dazu zu drängen. Zweitens: Schon immer konnte die Kapitalherrschaft nur durch das Wirken von Gegenmächten gegen schrankenlose Kapitalverwertung überhaupt funktionieren. Karl Polanyi hat das überzeugend herausgearbeitet (Polanyi 1978). Je ausgeprägter die Vergesellschaftung vorankommt, desto stärker wird diese Notwendigkeit oder ist im Fall ihrer Unterdrückung die Destabilisierung des Systems. Auf diese Dialektik des Kapitalismus verweisen die Existenz eines Non-Profit-Sektors, öffentliche Daseinsvorsorge, die wachsende Bedeutung der Care-Arbeit, sozialstaatliche Interventionen, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, öffentliche Diskursräume, das Prinzip der Gewaltenteilung und generell die bürgerliche Demokratie, soweit sie Räume für gesellschaftliche Gegenmächte öffnet.

In den Machteliten fördert die Ambivalenz dieser Elemente weitere Differenzierungen. Teils werden sie bekämpft oder mit Misstrauen behandelt, weil sie die Bewegungsfreiheit des Privatkapitals und seine Herrschaft beschränken, weil sie potenziell sozialistische Entwicklungen eröffnen. Teils werden sie als Instrumente eigener Herrschaftssicherung eingesetzt. Und der liberalere Teil der Machteliten empfindet die neue populistisch-autoritäre Rechte in gewissem Maße deshalb als Bedrohung, weil sie flexible Elemente der Stabilisierung des Kapitalismus zu schleifen droht, wie die Praxis von Trump, Erdogan, Orbán und Kaczynski zeigt und wie sie ebenso vom Front National, von der AfD und anderen Bewegungen droht. Je mehr aufbrechende Großprobleme die Stabilität der kapitalistischen Gesellschaften gefährden und je deutlicher die Untauglichkeit rechts-populistischer und nationalistischer Politik zur Lösung solcher Probleme hervortritt, desto näher könnte für bewegliche Fraktionen im herrschenden Block der Versuch liegen, progressive Forderungen in ihr Herrschaftskonzept aufzunehmen. Natürlich sind Neigungen im Establishment zu einem flexiblen, unter Umständen sozialdemokratisierten neoliberalen Kapitalismus statt seiner autoritär-aggressiven Variante weit entfernt von Entscheidungen für einen postneoliberalen Kapitalismus.

*Aber an dieser Stelle ist ein methodologisches Prinzip für das Nachdenken über die Möglichkeit des Übergangs von Teilen des herrschenden Blocks auf postneoliberale kapitalistische Positionen hervorzuheben. Es ist das «Prinzip Hoffnung», das das gesamte Werk Ernst Blochs durchzieht, den Titel seines Hauptwerks ergab und tief in einem dialektischen Prozessdenken wurzelt. Bloch hob hervor: «Kein Ding ließe sich wunschgemäß umarbeiten, wenn die Welt geschlossen, voll fixer, gar vollendeter Tatsachen wäre. Statt ihrer gibt es lediglich Prozesse [...]. Das Wirkliche ist der Prozeß; dieser ist die weit verzweigte Vermittlung zwischen Gegenwart, unerledigter Vergangenheit und vor allem: möglicher Zukunft. Ja, alles Wirkliche geht an seiner prozessualen Front über ins Mögliche» (Bloch 1985: 225).*

Globale Gefahren erzwingen, über die gegenwärtige Wirklichkeit hinausgehend das künftig andere Mögliche zum Maß politischer Gestaltung zu machen. Auch die Machteliten werden sich dem nicht ganz entziehen können.

Drittens: Globale Gefahren für die Menschheit betreffen zwar immer die sozial Schwächeren mit besonderer Härte, aber sie bedrohen auch die Herrschenden und bergen Anstöße für Teile der Machteliten zur Suche nach einem gefahrenärmeren Kapitalismus. Das wird unter anderem in den Dokumenten des Weltklimarats, im Stern-Report, in Berichten an den Club of Rome, in der Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und sogar im «Global Risks Report» für das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums vom Januar 2017 in Davos deutlich:

- Armut: Sogar in diesem jüngsten Report für Spitzenpolitiker, Topmanager und Superreiche wird die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut als eines der schwerwiegendsten Risiken bezeichnet. Sie könnte «explosive Wirkung auf die soziale Stabilität» entwickeln, also die Herrschaftsverhältnisse gefährden. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Berater der Bundesregierung, hat in seinem Buch «Verteilungskampf» davor gewarnt, dass auch in Deutschland die ausgeprägte Ungleichheit zu sozialen Konflikten und politischer Instabilität führt (Fratzscher 2016: 91, 21, 81). Armut ist in weiten Erdregionen längst zum Nährboden für Gewalt, Kriege, Umweltzerstörung und Terrorismus geworden, löst destabilisierende Flüchtlingsströme aus und trägt zur Unkontrollierbarkeit von über 40 *failing states* bei. Roosevelt hatte einst die sozialen Reformen des New Deal nicht zuletzt damit begründet, dass die Überwindung der Armut umstürzende Bewegungen verhindern könnte: «Es steht für mich außer Frage, daß das Land für mindestens eine Generation radikal werden muß. Die Geschichte lehrt, daß Nationen, in denen das gelegentlich passiert, Revolutionen erspart bleiben» (Roosevelt zitiert nach Junker 1979: 70).
- Umweltzerstörung: Globale Umweltkrisen, vor allem der Klimawandel, bedrohen die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit, haben aber auch für die Herrschenden gefährliche Wirkungen. Die Kosten einer Umkehr des Klimawandels könnten ohne schnelles und radikales Handeln nach Jorgen Randers' Berechnungen auf jährlich zehn Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts ansteigen, nach dem Stern-Report

sogar auf 20 Prozent, und damit den ökonomischen Handlungsspielraum der Mächtigen gravierend verringern. Durch den Klimawandel besonders geschädigte ärmere Länder könnten sich zu radikaleren finanziellen, technischen und politischen Forderungen an die reichen Länder gedrängt sehen. Die Wechselwirkung zwischen Armut und Umweltkatastrophen gibt dem Terrorismus neue Anstöße, der sich verstärkt gegen die Machtzentren der Reichen richtet. Sie löst Migrationsströme aus, die in Europa Anlass zu zwischenstaatlichen Konflikten sind und von rechtspopulistischen, nationalistischen Kräften für die Destabilisierung der Zielländer missbraucht werden. Tendenzen zu einem grünen Kapitalismus sind die Reaktionen von den Machteliten darauf. Sie erlauben in den Grenzen des Kapitalismus beachtliche, wenn auch nur begrenzte technische Lösungen, könnten aber bei wesentlicher Veränderung der Kräfteverhältnisse in die Richtung eines progressiven sozialökologischen Umbaus verkehrt werden (Haas/Sander 2013: 6, 29).

- Kriege: Ein Atomkrieg würde mit der menschlichen Zivilisation auch die Grundlagen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zerstören. Diese Gefahr wurde in der zweiten Hälfte der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zum Antrieb für jene Teile der Machteliten, die sich auf einschneidende Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesse einließen, die heute jedoch zurückgedrängt sind. Aber bereits Kriege wie in Irak, in Afghanistan und Syrien unterhalb der atomaren Schwelle fügen nicht nur den betroffenen Ländern extreme Verluste zu, sondern führen auch für die intervenierenden Staaten zu schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schäden. Der Vietnamkrieg rief seinerzeit eine mächtige kapitalismuskritische Friedensbewegung auf den Plan. Der Irakkrieg trug erheblich zur Abwahl der Bush-Administration bei. Die gegenwärtigen Kriege lösen Fluchtbewegungen mit destabilisierenden Folgen in den Zielregionen aus. Kriege sind mit den anderen globalen Gefahren eng verquickt. Ihre Folgen könnten unter der Voraussetzung erheblicher Stärkung von Gegenkräften ebenfalls Teile der Machteliten zu einer militärisch zurückhaltenden Politik veranlassen.

## DOPPELTE TRANSFORMATION

Zusammenfassend zu den Gründen für eine mögliche postneoliberale Öffnung von Teilen der Machteliten für ein Jenseits der gegenwärtigen Wirklichkeit ergibt sich: Selbst wenn der pluralen Linken hoffentlich der noch bevorstehende schwierige Übergang von ihrer gegenwärtigen Defensivposition zu einer linken Offensive gelänge, ist doch nicht zu erwarten, dass dem neoliberalen Kapitalismus unmittelbar eine sozialistische Gesellschaft folgen wird. Viel wahrscheinlicher ist selbst im glücklichsten und schon sehr weitreichenden Fall, dass dann unter der elementaren Voraussetzung gravierender Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und heftigster Kämpfe eine progressive postneoliberale Transformation im Kapitalismus erreicht werden kann. Eine sozialere, stärker ökologisch orientierte und gegen die andrängende neue Rechte gerichtete demokratische Entwicklung des Kapitalismus wird allerdings ein langer Prozess sein. Damit dieser aber, wenn überhaupt erreichbar, nicht wie der fordistische Kapitalismus seit den 1980er Jahren durch einen regressiven, gar unter dem Druck von rechts entzivilisierten Kapitalismus wieder zurückgedreht wird und nicht abermals an den Grenzen des Kapitalismus scheitert, wird die Linke potenziell sozialistische Organisations- und Eigentumsformen, Institutionen und Praxen für einen Einstieg über den Kapitalismus hinaus, also in eine Große Transformation, zu nutzen haben. *Schon mitten im Kapitalismus wird es um eine Verschränkung von systeminterner und systemüberschreitender Transformation zu einer doppelten Transformation gehen.*

Immer wieder wird die politische Umsetzung der Überlegungen Ernst Blochs zur Wirklichkeit von Prozessen als Orientierung gelten: «Nur diese Prozeßwirklichkeit und nicht eine aus ihr herausgerissene, verdinglicht-verabsolutierte Tatsachenhaftigkeit kann daher über utopische Träume richten oder sie zu bloßen Illusionen herabsetzen. [...] Es wird aber allein schon innerhalb der stark gewandelten Wirklichkeit von heute klar, daß die Begrenzung aufs Faktum eine sehr wenig realistische war; daß die Realität selber unaufgearbeitet ist, daß sie Anrückendes, Hervorbrechendes am Rande hat» (Bloch zitiert nach Junker 1979: 226). Für die plurale Linke kommt es daher umso mehr darauf an, die Differenzen im herrschenden Block zu erkennen, zu vertiefen und zu nutzen – allerdings mit dem eigenen Ziel, die Spielräume der potenziell nichtkapitalistischen Prozesse für eine postneoliberale Entwicklung und für den Einstieg in einen systemüberschreitenden Richtungswechsel auszuschöpfen. Aber für voraussichtlich lange Zeit wird der alte herrschende Block selbst beim Zustandekommen linker Regierungen weiter erhebliche Machtfülle besitzen, wie in Lateinamerika zu beobachten. Damit entsteht – ob alternative Akteure das wollen oder nicht und ob die Machteliten das wünschen oder nicht – eine für den Verlauf der Transformation schwerwiegende Frage: Werden die reaktionären Fraktionen des herrschenden Blocks dann mit autoritären, diktatorischen Herrschaftsformen, in internationalen Allianzen wie jüngst im Fall Griechenlands, notfalls mit physischer bis zu militärischer Gewalt wie seinerzeit in Chile versuchen, solche Entwicklung zu ersticken? Oder wird die Linke in breiten solidarischen Bündnissen flexible Teile der Machteliten dazu drängen können, Zuflucht zu einer progressiven Transformation des Kapitalismus zu nehmen oder sich zumindest mit ihr zu arrangieren?

## WARUM NUR MINIMALE BEWEGUNG IN DEN MACHTELITEN?

Trotz der Gründe, die durchaus für die Abkehr flexibler Fraktionen des herrschenden Machtblocks vom gegenwärtig bestimmenden neoliberalen Typ des Kapitalismus sprechen, beobachten wir gegenwärtig eher dessen verstärkt antisoziale, autoritäre, populistische und militärisch orientierte Ausprägung. Professor Thomas Reuter, University of Melbourne, früherer Vorsitzender des World Council of Anthropological Associations, Executive Member des International Social Science Council und Mitglied des Board von Future Earth schrieb mir auf meine Buch-Kurzfassung in den *Blättern* hin (Klein 2017), dass diese Gremien von der Frage nach handlungsfähigen progressiven Fraktionen des Establishments sehr bewegt seien. «Die Frage ist nur, wo man solche Elemente in den gegenwärtigen Eliten noch findet, wenn überhaupt. Wo würden Sie anklopfen, zunächst einmal in Deutschland?» Ich kann zwar auf viele durchaus kritische Äußerungen aus den Machttagen verweisen und habe manche davon in dem Buch «Gesplante Machteliten» zusammengetragen. Aber realistischerweise konnte für die Gegenwart keine Verdichtung dieser Stimmen zu einer handlungsmächtigen Fraktion in den Machteliten festgestellt werden.

Barack Obama hat 2006 in seinem Buch «Hoffnung wagen. Gedanken zur Besinnung auf den American Dream» aus seinen Erfahrungen formuliert: «Im persönlichen Gespräch wird diese Diskrepanz zwischen der Politik, die wir haben, und der Politik, die wir brauchen, von den politischen Entscheidungsträgern durchaus eingestanden.» Aber: «Trotzdem ist in der Öffentlichkeit kaum etwas davon zu spüren, dass in den feindlichen Lagern so etwas wie Selbstkritik eingesetzt hätte und man wenigstens einen kleinen Teil der Eigenverantwortung für den Stillstand erkennen würde» (Obama 2006: 37). Dahinter steckt, dass Machteliten ihre herrschenden Verhältnisse selbst so tief verinnerlicht haben, dass sie kaum über sie hinaus zu denken vermögen. Ihr Handeln reflektiert stets die Grundstruktur der von ihnen beherrschten Gesellschaft. Ihr harter Kern empfindet bereits eine Reformierung der Herrschaftsformen als gefährlich für die Machtstrukturen selbst. Die Mächtigen sind sich nicht sicher, ob eine «passive Revolution» (Antonio Gramsci) nicht außer Kontrolle geraten und in aktive revolutionäre Veränderungen von unten umschlagen könnte. Genau diese Angst bestimmte das Scheitern aller staatssozialistischen Reformversuche. Und zudem: Wenn mindestens eine bis zwei Generationen des Führungspersonals im Rahmen eines beherrschenden Dogmas ausgebildet worden sind – gegenwärtig innerhalb des Horizonts der neoliberalen Prämissen –, sind Denkgleise festgezurr, die den Ausstieg auch geistig erheblich erschweren. Vor allem ist zu bedenken: Selbst ein nur innerkapitalistischer Bruch mit dem Neoliberalismus würde mit vielen Statusverlusten der gerade etablierten Machtträger verbunden sein.

In persönlichen Gesprächen mit Führungskräften unmittelbar unterhalb der Vorstandsebene – zum Beispiel bei Siemens und Daimler-Benz – habe ich zu dieser Frage drei Erklärungen gehört. Erstens wird auf strukturelle Zwänge hingewiesen. Spätestens vierteljährlich hätten Aktiengesellschaften positive Bilanzen vorzulegen. Weitreichende strategische Überlegungen würden diesem Kurzfristdiktat oft zum Opfer fallen. Zweitens sei ein Umsteuern so schwierig und langwierig, da es nicht nur nicht in die Rhythmen der Rechenschaftsregung von Aktiengesellschaften, sondern auch nicht in die parlamentarischen Wahlzyklen passe. Drittens gebe es Konzernhierarchien, in denen kritisches Denken entgegen allen aufgeklärten Managementlehren von der höchsten Ebene in der Regel erstickt und sanktioniert werde.

Vor allem aber ist der Druck der gesellschaftlichen Linken und anderer demokratischer Kräfte auf die Machteliten gegenwärtig zu schwach, um sie zu einem progressiven Wandel ihrer Politik zu zwingen.

## ANSÄTZE FÜR PROGRESSIVE TENDENZEN IN DEN MACHTELITEN AM RAND DER REALITÄT

Wo zeichnen sich gleichwohl in der praktischen Politik Tendenzen ab, die im Ansatz oder partiell von der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus in progressiver Richtung wegführen?

*Erstens sind gegenwärtig eine Differenzierung und Auseinandersetzungen zwischen der «gemäßigten» Variante des neoliberalen Kapitalismus und autoritär-populistischem und verstärkt reaktionärem neoliberalen Kapitalismus erkennbar.* Nancy Fraser unterscheidet zwischen einem durch und durch reaktionären finanzialisierten neoliberalen Kapitalismus und einem «progressiven Neoliberalismus» (Fraser 2017). Mit dieser Bezeichnung ist eine Verbindung von finanzialisiertem Kapitalismus und linksliberal-individualistischen Fortschrittsvorstellungen à la Bill Clinton und Tony Blair gemeint (ebd.). Solche Unterscheidung ist gewiss weit entfernt von der Differenz zwischen neoliberalem und postneoliberalem Kapitalismus. Aber obwohl der neoliberale Kapitalismus mit der fortschreitenden sozialen Polarisierung und abgehobener Ferne der Machtzirkel von den Interessen der Bevölkerungsmehrheit selbst den Nährboden für die Neue Rechte geschaffen hat, sehen Teile der Machteliten in der rechtsextrem geprägten Variante des neoliberalen Kapitalismus eine Gefahr für die eigene Herrschaft.

Die Politik wird irrationaler und unberechenbarer. Die konzeptionslose Rechte braucht einen Feind und hat ihn neben den «Fremden» im «Establishment» gefunden, weil dieses bei vielen Menschen ohnehin Ablehnung und Wut auf sich zieht (Bauman 2017). Das birgt Gefahren für die Etablierten durch Kontrollverlust. Werteverlust, Hass und Gewalt als Elemente der Rechtsentwicklung treiben auch bisher politisch weniger Engagierte im Namen der Moral in die Gegenwehr; die Chance für einen Dritten Pol der Solidarität entsteht. Natürlich sind die Gegensätze zwischen verschiedenen Fraktionen des herrschenden Machtblocks auch im internationalen Vergleich zu betrachten.

Würde die Linke und mit ihr ein Pol der Solidarität anders als gegenwärtig erheblich an Macht gewinnen, könnte sich ein Teil des international herrschenden Blocks über neoliberale Kompromisse hinaus tatsächlich zur Zucht in eine postneoliberale kapitalistische Transformation gedrängt sehen. Wiederum ist mit Bloch zu bedenken: Wendezeiten erfordern «ein ganz mächtig Vorbewußtes» (Bloch zitiert nach Junker 1979: 134), wenn in der Gegenwart künftig Mögliches erkannt und zur Geltung gebracht werden soll.

*Zweitens Austeritätspolitik:* Die mehr oder weniger verschuldeten südeuropäischen Länder – ihre Eliten mit eingeschlossen – haben das Interesse, die Austeritätspolitik zu lockern und sich nicht von Deutschland und anderen Überschussländern einen innenpolitisch destabilisierenden Sparkurs über ihre eigene Kontrolle hinaus aufzwingen zu lassen. Hans-Werner Sinn beispielsweise beklagte: «[...] am 9. September 2016 flimmerten die Bilder eines Gipfeltreffens der mediterranen Euro-Länder über die Bildschirme. [...] Alexis Tsipras hatte die Vertreter der mediterranen Euro-Staaten in Athen zusammengerufen, um mit ihnen die Zukunft des Euro zu beraten und eine Phalanx der Gegner der politischen Schuldenschränken aufzubauen. Es kamen die offiziellen Vertreter aller mediterranen EU-Länder» (Sinn 2016: 269). Selbst als es den europäischen Machteliten nach dem ersten Wahlsieg Syriza in Griechenland darum ging, auf jeden Fall einen Ausbruch Griechenlands aus dem neoliberalen Regime zu vereiteln, tauchten im herrschenden europäischen Block doch Überlegungen auf, ob nicht mit Zugeständnissen an die links geführte griechische Regierung den eigenen Interessen mehr als mit einer gnadenlosen Sparpolitik gedient wäre. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber (BDA) beispielsweise warnte vor einem erzwungenen Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Ein Grexit könne dazu führe mitten in der EU einen *ailing state* zu schaffen, wahrscheinlich verbunden mit einem Aufwind für Nationalismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Die geopolitische Folge wäre, dass die Südflanke von NATO und EU außer Kontrolle geraten könnte (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 23.2.2015). Zudem wurde in den ökonomischen Eliten für den Fall des Staatsbankrotts Griechenlands der Verlust des größten Teils der bisher vergebenen Kredite und Bürgschaften und für andere angeschlagene Schuldnerstaaten ein erheblich verteuerter Zugang zur Finanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten befürchtet – mit der Folge einer weiteren Destabilisierung der Eurozone und der EU.

Diese Differenzen liefen nicht auf Sympathien mit einem postneoliberalen Kurs hinaus, wohl aber ging und geht es um Differenzen, die bei stark veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nach links Möglichkeiten dafür öffnen können. Vorerst jedoch sind solche Möglichkeiten durch die Dominanz der stramm neoliberalen Kräfte im herrschenden Block überlagert. Aber die Auseinandersetzungen über die Austeritätspolitik deuten auf eine prinzipielle Offenheit von Prozessen hin, wie oben hervorgehoben.

*Drittens Umweltpolitik:* Prozesse grüner Modernisierung des Kapitalismus laufen einerseits auf eine bloße Anpassung des neoliberalen Kapitalismus an Umwelterfordernisse hinaus. Aber sie bergen Momente der Zurückdrängung des neoliberalen Kapitalismus, wo sie – entgegen jüngsten starken Tendenzen – zum beginnenden Ausstieg aus der Kohle, also aus der fossilistischen Machtbasis des Neoliberalismus führen, zur Hinwendung zu erneuerbaren Energien, zu nationalen Klimaplänen und ihrer Durchsetzung, zu staatlichen Geboten und Verboten, die den Marktmechanismus einschränken. Sie stoßen daher auf den Widerstand fossilistischer Kapitalfraktionen (Brand/Wissen 2017: 162). Gelänge es den Gegenmächten, die kapitalistische grüne Transformation in die Richtung eines demokratischen sozialökologischen Umbaus zu verkehren, könnten grüne Fraktionen des Machtblocks womöglich zu dessen Tolerierung und partieller Unterstützung getrieben werden (Haas/Sander 2013: 6, 29).

*Viertens Flüchtlingspolitik:* Die aktuelle Flüchtlingspolitik der Abwehr von Schutzsuchenden unter vielfach unmenschlichen Bedingungen überlagert, dass es zu Beginn der Flüchtlingswelle 2015 solidarische und demokratische Tendenzen auch in den Machteliten gab – wenn auch meist aus umwegigen Gründen. Die von Merkel anfangs repräsentierte Flüchtlingspolitik, die eine Willkommenskultur mit Anstrengungen zur geregelten Verteilung der Schutzsuchenden auf die EU-Länder verband und Obergrenzen für ihre Aufnahme ablehnt, stand in deutlichem Widerspruch zur fremdenfeindlichen Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen durch das Establishment anderer Länder der Europäischen Union. Gegen die Grenzzaunpolitik solcher Länder forderten die Präsidenten der wichtigsten deutschen Unternehmerdachverbände die Bundeskanzlerin noch Anfang 2016 auf, an ihrem Kurs für offene Grenzen festzuhalten (Zeit ONLINE, 21.1.2016). Sie hatten dabei die Störung internationaler Produktionsketten und die Zeit- und Milliardenverluste durch die Grenzkontrollen für Lkw im Auge. Der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker warnte, wer das Schengen-Abkommen über freien

EU-internen Reiseverkehr beerdige, beerdige auch den europäischen Binnenmarkt und bringe schließlich den Euro in Gefahr. Auch der Gewinn von Arbeitskräften aus dem Ausland und die Aussicht, der Überalterung der Bevölkerung in Deutschland und anderen Ländern entgegenwirken zu können, wurden in den Machtzirkeln bedacht. Wiederum waren dies keine postneoliberalen Überlegungen. Aber für die Linke gilt auch in dieser Frage, Keime des künftig Möglichen zu erfassen, um sie wirkungsmächtig zur Geltung zu bringen.

Auf welchen Politikfeldern auch immer, stets läuft Flexibilität in den Machteliten bestenfalls eher auf einen sozialdemokratisierten, staatsinterventionistischen Neoliberalismus als auf eine postneoliberale progressive Transformation des Kapitalismus hinaus. Aber in den Zwängen, die zu solcher Beweglichkeit im Block an der Macht tendieren und die zurzeit noch auf eine starke rechte Gegenbewegung stoßen, stecken auch Möglichkeiten, den Prozess nach links zu treiben. Die elementare Voraussetzung dafür ist eine gravierende Kräfteverschiebung nach links zu einem Dritten Pol der Solidarität. *Die Frage nach einem progressiven Wandel in Teilen der Machteliten mündet in die Herausforderung der Linken und ihrer möglichen Bündnispartner, durch die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Herrschenden zu zwingen, an eigene frühere Fähigkeiten zu progressivem inneren Wandel des Kapitalismus anknüpfend, über ihren eigenen Schatten zu springen.*

Dazu gehören das mobilisierende Wirken linker Aktivisten in den vielen Initiativen und Projekten bürgerschaftlicher Selbstermächtigung zur Verbesserung des eigenen Lebens und der Gesellschaft als Ganzes, die organisierte solidarische Vernetzung solcher Aufbrüche und ihre geistige Verknüpfung durch eine vereinende moderne linke Erzählung, breite gesellschaftliche Bündnisse, internationale Solidarität und verstärktes Wirken der Linken für eine moralische Erneuerung der Gesellschaft, für Toleranz, Empathie, Verantwortung und Mitmenschlichkeit, für einen «Aufstand des Menschen im Menschen» (Johannes R. Becher).

## LITERATUR

**Bauman, Zygmunt (2017):** Der neue Hass auf das Establishment und die Sehnsucht nach dem Feind, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017, S. 77–82.

**Bloch, Ernst (1985):** Prinzip Hoffnung, Frankfurt a. M.

**Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.

**Diamond, Jared (2005):** Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt a. M.

**Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013):** «Grüne Basis». Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.

**Junker, Detlef (1979):** Franklin D. Roosevelt. Macht und Vision: Präsident in Krisenzeiten, Zürich.

**Klein, Dieter (2016):** Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?, Hamburg, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/7781/gespaltene-machteliten](http://www.rosalux.de/publikation/id/7781/gespaltene-machteliten).

**Klein, Dieter (2017):** Wo sind die aufgeklärten Eliten?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017, S. 83–92.

**Obama, Barack (2006):** Hoffnung wagen. Gedanken zur Rückbesinnung auf den American Dream, München.

**Piketty, Thomas (2014):** Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

**Polanyi, Karl (1978):** The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M.

**Sinn, Hans-Werner (2016):** Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Rettung Europas gelingt, Freiburg u. a.

**Zinn, Howard (1990):** People's History of the United States, New York.